

**Ersteinst**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
Verlagsbuchhandlung  
Gottlingen-Zürich.  
Bestellungen  
franco gegen franco.  
Groschuliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Nr. 41.

Donnerstag, 4. Oktober

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postbüreau, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum Voraus zahlbaren.  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzland)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern.  
N. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzland)

Inserate

Die dreizehnpennige Zeitungs-  
25 Cts. — 30 Pfg.

1883.

Lesen an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Verhältnisse sich als nicht geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verschickungsregel vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu sichern. Quantitätsforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unterbreitete Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs geheimer Sicherheit Rekommandation. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Im Juli gingen noch ein:  
Kaiserlautern 2,30, Reiz 7,90, Cassel 10,—, Hamburg 75,—, Wittweida 8,—, Altdorf 50,67, Hagen i/W. 5,50, Oplau 4,50, Ronsdorf 6,50, Pirna 20,—, Herford 5,50, Gotha 13,—, Hajam Herich —,50, Rbg. S. Fich. 4,62, Rbg. B. Fich. 20,—, Rbg. L. 1,—, Rbg. W. 1,—, Hannover 57,25, Forchheim 3,50, Leipzig 1. Sch. 20,—, 2. Sch. 1,10, Bafkreis Pise Nr. 50 4,65, Nr. 45 2,80, Nr. 48 5,25, Nr. 46 1,10, Nr. 41 3,15, Nr. 44 1,05, Nr. 40 —,50, Nr. 47 8,25, Nr. 39 5,10, Nr. 37 4,20, Nr. 36 4,—, Nr. 35 2,90, Nr. 34 —,85, Nr. 33 4,75, Nr. 32 5,90, Nr. 31 1,30, Auf drei Formulare 5,30, 6,25, 4,80.  
Halle 30,—, Halberstadt 30,—, Erfurt, „Das Banner hoch“ 40,—, Potsdam 20,—, Luedlburg 9,—.  
Im August gingen ein:  
Stuttgart 100,—, Greiz 26,—, Guggenau 7,50, Brandenburg 15,—, Gera 54,—, Brandenburg 9,—, Karlsruhe 5,50, Potsdam 8,—, Hamburg 82,35, Hagen i/W. 5,50, Jwida („Wir Frauenlicher Alle!“) 8,10, B. d. P.-G. d. S. sächsischen Landtagswahlen 50,—, Plauen i/S. 10,—, Hannover, „Graner Star“ 3,20, Decatur 136,70.  
Erfurt, „Das Banner hoch“ 25,—, Nürnberg (Rachtrug) Juni 100,—, Juli 100,—, August 99,—, Ungen, Leipzig 15,—, Herin. Radolf, Brooklyn 11,74. (Anfangs für Vereine bestimmt.)

Die Gesamtansgabe für die Monate Juni, Juli und August beträgt:  
Rl. 1133, 90  
„ 1333, 46

Zusammen Rl. 2467, 36

### Allgemeiner Wahlfonds.

Für die Kieler Wahl gingen noch ein:  
Frankfurt a/M. Rl. 30,—, Gera 15,—, Schwerin 15,—.  
Für die sächsischen Landtagswahlen:  
Ungenannt: 150,—.

Karl Ranz, Ludwig Witt,  
R. Fischer.

### Ein wenig Statistik.

Die Vernichtung des Mittelstandes und die Proletarisierung der Volksmassen geht unter den heutigen Gesellschaftsverhältnissen mit wahrhaft rapider Geschwindigkeit vor sich. Zwar wird diese Thatsache, welche unserem Zeitalter seine Signatur aufdrückt, von den Herren Volkswirtschaftlern hartnäckig geleugnet, allein durch die Statistik wird sie so überwältigend nachgewiesen, daß nur Blindheit oder tendenziöse Verlogenheit noch Zweifel ausdrücken kann.  
Wir haben vor uns einen Auszug aus dem soeben erschienenen „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin“ Jahrgang 1881. Der Inhalt ist im höchsten Grade belehrend, und läßt uns einen recht klaren Einblick in das Walten der Gesetze thun, welche den herrschenden Produktions- und Vertheilungs-Prozess bestimmen.

Zunächst finden wir die übliche Vermehrung des Gesamtreichthums (für den ganzen Staat nennt man es „Nationalreichthum“, vermutlich weil die Nation nichts oder nicht viel davon bekommt); der Kurzwert der Berliner Aktien-gesellschaften — über 180 an der Zahl — hat gegen das Vorjahr um 41,7 Millionen Mark zugenommen und die Aktien dieser Gesellschaften sind in dieser Zeit von einem Durchschnittsstand von 95,72 Prozent auf einen solchen von 104,57 Prozent des Nominalwertes gestiegen.

Auch die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen, d. h. derjenigen Personen, welche mehr als 3000 Mk. jährliches Einkommen haben, hat sich gegen 1880 um 3,38 Prozent vermehrt, während die Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum nur um 2,9 Prozent gewachsen ist.

Das ist Alles sehr schön; wenn man aber genauer zuschaut, so bietet sich ein nicht weniger als erschreckendes Bild. Wir sehen nämlich, daß die Zunahme hauptsächlich in den höchsten Einkommensteuerebenen stattgefunden hat, z. B. in der zwölften um 7,1, in der sechszehnten um 10,7, in der achtzehnten um 19,4, in der zweiundzwanzigsten um 21,2 Prozent.

Auf der anderen Seite ist ein rasches Anschwellen der ärmsten Gesellschaftsklassen zu bemerken. Während nämlich wegen Verlustes eines Einkommens von unter 420 Mk. jährlich, im Jahre 1880—1881 von der Personalsteuer 154,687 Personen befreit waren, stieg die Zahl der aus diesem Grunde Befreiten im Jahre 1881—1882 auf 164,556 und im Jahr 1882—83 auf 180,850. Im Laufe des letzten Jahres hat sich also die ärmste Bevölkerung, das echte Proletariat, um 10 Prozent vermehrt.

Auch die unterste Stufe der Klassensteuer hat sehr stark zugenommen.

Das Fazit ist: der Mittelstand verschwindet mehr und mehr; und infolge der Expropriation desselben wächst einerseits die Zahl der ganz Reichen, andererseits die Zahl der ganz Armen.

Das Armenwesen spiegelt diesen Prozess der Proletarisierung wieder.

Innerhalb der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung Berlins sich um 43,2 Proz., die Zahl der Almoseneupfänger aber um 62,2, der an diese gezahlte Beitrag um 88,9, die Zahl der Extra-Unterstützungen um 63,8 und deren Betrag um 69,1 Proz. erhöht — also beträchtlich rascheres Wachsen des Pauperismus als das der Bevölkerung.

Die Zahl der aufgegriffenen Bettler ist beständig im Steigen. Im Jahre 1879 belief sie sich auf 26,048, im Jahre 1880 auf 27,262 und 1881 auf 32,931.

Vielleicht am deutlichsten aber zeigt sich die zunehmende Massenverarmung in den Wohnungsverhältnissen. Verglichen mit 1875 haben wir 1881 eine Vermehrung der Wohnungen im Entresol um 6,6; im Erdgeschoß um 12,5; im ersten Stock um 13,5; im zweiten Stock um 15,1; im dritten Stock um 22,1; im vierten Stock um 52,8 Proz. Die Dachwohnungen sind um 74,6 Prozent und die im fünften Stock gelegenen Wohnungen um fast das Sechsfache, nämlich von 125 auf 728 (die fünfstöckigen Häuser sind neuen Datums), gestiegen. Die Kellerwohnungen dagegen haben sich nur um 1650 oder 7,6 Proz. vermehrt, was darin seinen Grund hat, daß die gleichbilligen Dachwohnungen vorgezogen werden. Außerdem geht die Berliner Baupolizei ziemlich scharf gegen das allerdings skandalöse Kellerwohnungs-Unwesen Berlins vor. Innerhalb wohnen noch über 100,000 Einwohner in Kellern, davon 58,540 in Kellerwohnungen mit nur 1 heizbarem Zimmer. Diese 58,540 Personen bewohnen 14,327 Wohnungen, so daß durchschnittlich vier Personen auf 1 heizbares Zimmer kommen. 1886 Menschen leben in Kellern, deren Zimmerhöhe weniger als 2 Meter beträgt; 9000 in Kellern von 2—2 $\frac{1}{4}$  Meter Höhe; 24,752 in solchen von 2 $\frac{1}{4}$ —2 $\frac{1}{2}$  Meter Höhe.

Nicht genug, daß das rapid zunehmende Proletariat mit den schlechtesten, zum größten Theil ungesunden Wohnungen vorliebzunehmen hat, muß es in denselben auch noch obendrein dicht zusammengedrängt wohnen. Je armseliger die Wohnungen, desto dichter die Bevölkerung.

Wenn man die Küchen und nicht heizbaren Zimmer nur zur Hälfte, die bloß gewerblich benutzten Zimmer gar nicht berechnet, kommen auf je ein Zimmer im ersten Stock 1,42 Personen; im zweiten Stock 1,51; im Erdgeschoß 1,63; im dritten Stock 1,70; im Entresol 1,95; in den Kellern 2,10; in den Dachwohnungen 2,14; im vierten Stock 2,16 und im fünften Stock 2,47 Personen.

Man nimmt an, daß es das richtige Maß der Bewohnung sei, wenn auf jede Person ein heizbares Zimmer kommt. Nach diesem Maßstab gemessen gibt es in Berlin bloß 138,000 Personen, die normal wohnen.

Positive Ueberbevölkerung findet statt, wenn mehr als zwei Personen auf ein heizbares Zimmer kommen. Nach diesem Maßstab gemessen leben in Berlin 640,000 Menschen das heißt 68,5 Prozent — also weit über die Hälfte der Gesamtbevölkerung — in überbevölkerten Wohnungen! Und im Durchschnitt sind alle Wohnungen im Keller, unter dem Dache, im vierten und fünften Stock überbevölkert. Ueber 209,313 Personen, also nahezu ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, lebt so dicht zusammengebrängt, daß auf jedes heizbare Zimmer mehr als vier Personen kommen.

Daß die Sterblichkeit mit der Bevölkerung der Wohnungen wächst, versteht sich von selbst; indes enthält das Jahrbuch nach dieser Richtung hin kein neues Material; es wäre zu — kompromittierend.

Indes das vorhandene Material genügt, und die von uns mitgetheilten Ziffern sind so berechtigt, daß sie keiner eingehenden Erläuterung bedürfen.

Die Erscheinungen, welche sich uns in Berlin darbieten, sind überall zu bemerken, wo die privatkapitalistische Produktionsweise besteht. Auf dem Prinzip der Ausbeutung beruhend, hat sie zur Folge, daß der Löwenanteil des Arbeitsproduktes den Drohnen der Gesellschaft, welche im Besitz der Arbeitsinstrumente sind, zufällt, und daß die wirklichen Arbeiter zu einem

Leben der Noth und des Elends verurtheilt werden. Dazu kommt die „Tendenz des Großkapitals, das kleine Kapital aufzusaugen“, und die wissenschaftlich festgestellte Thatsache, daß in Folge der stets wachsenden Produktivität der Arbeit beständig Arbeiter „überschüssig“ werden.

Diese ökonomischen „Gesetze“ sind in der ganzen Bourgeoisie-Gesellschaft wirksam, und die nothwendige Folge ist das Verschwinden des sogenannten Mittelstandes, das riesige Anschwellen des Proletariats und oben an der Spitze der „gesellschaftlichen Pyramide“ kolossale Reichthümer aufgespeichert — der zu Geld „krystallisirte“ Arbeitsschweiß der die Basis der Pyramide bildenden Millionen.

Glauben die „oberen Zehntausende“, das könne ewig so dauern? Glauben sie, es bedürfe „künstlicher Aufhebung“, um den Gedanken, daß diese Gesellschaft der Ungerechtigkeit und Ausbeutung gestürzt werden muß, in die Massen zu bringen?

### Auf gefährlichem Wege.

Der „Sozialdemokrat“ hat bisher keine Veranlassung genommen, diejenigen Organe, welche in Deutschland von bekannten Sozialisten herausgegeben werden, in den Kreis seiner Erwörterungen zu ziehen. Diese Blätter betrachtet Niemand als sozialistische, sie wollen auch gar nicht als sozialistische betrachtet sein, sondern unterrichten nur, einzelne mit anerkennenswerthem Geschick, ihre Leser über die Ereignisse und Fragen des Tages. Es kann daher auch kein vernünftiger Mensch unter den heutigen Umständen gegen die Existenz solcher Blätter etwas haben.

Aber Eines ist dabei voranzusetzen: nämlich daß diese Blätter die Vorsicht, nicht als sozialistisch gelten zu wollen, nur nicht soweit treiben, a n t i sozialistisch zu schreiben, das Programm und die Grundzüge unserer Partei zu verläugnen. Wo das geschieht, da kann so ein Blatt allerdings großen Schaden anrichten, und deshalb halten wir uns berechtigt und verpflichtet, jedem unredlichen Opportunismus in dieser Beziehung entschieden entgegenzutreten.

So finden wir in der letzten Nummer des in Bremen erscheinenden „Norddeutschen Wochenblattes“, herausgegeben von Heine, Dohme, dem Kandidaten unserer Partei im Hadeln-Neuhäuser Wahlkreis, einen Artikel über den jüngsten Kongress der englischen Gewerksvereine, in welchem Ansichten entwickelt werden, die direkt mit Allem im Widerspruch stehen, was bisher in unserer Partei, und nach unserer Ansicht mit Recht, über diesen Gegenstand gesagt wurde, und den wir deshalb nicht mit Stillschweigen übergehen zu dürfen glauben.

„Die andere“, heißt es da, „würde sich die Arbeiterbewegung bei uns entwickelt haben, als es thatsächlich geschehen ist, wenn diese Bedingungen, — die Freiheit des Assoziationswesens — auch hier vorhanden gewesen wären. Der Assoziationsgeist der deutschen Arbeiter, die an sich ein den englischen Arbeitern durchaus verwandtes Element sind, ist seit je entweder gewaltthätig unterdrückt worden oder man hat ihm seine Energie genommen, indem man ihn unter eine unnatürliche Vormundschaft der Behörden oder der Arbeitgeber stellte. Der ideologische Zug, der der deutschen Arbeiterbewegung innewohnt, ist nur eine Reaktion gegen dieses System, das die Feindschaft gegen den autoritären Staat und gegen die staatlich begünstigten Sozialklassen förmlich großgezogen hat.“

Wir haben bisher den „ideologischen Zug“, das heißt den Sinn für theoretische Fragen, das Verständnis für Dinge, die über den engen Gesichtskreis der nächstliegenden Interessen hinausreichen, für einen der schätzbarstenzüge der deutschen Arbeiterbewegung gehalten, der sie sowohl vor der englischen, als auch vor der französischen Bewegung auszeichnet, und keineswegs „für nur eine Reaktion gegen das staatliche Bevormundungssystem“, denn er zeigte sich zu einer Zeit, wo dieses verhältnismäßig wenig zu verspüren war, ebenso stark, wenn nicht noch stärker als heute.

„Die wichtigste Bedingung einer Befreiung des deutschen Arbeiterthums von revolutionären zu evolutionären (entwickelungsmäßigen) Bestrebungen“, heißt es weiter, „ist die Freieigung des Assoziationswesens von jeglicher Fesselung und Bevormundung. Es ist durchaus natürlich, daß, wenn die Arbeiter naheliegende praktisch-materielle Ziele durch Assoziation erreichen zu können hoffen dürfen, diese Ziele in ihren Bestrebungen in den Vordergrund treten müssen, denn es ist ja die akute wirtschaftliche Lage der Arbeiter, welche die Arbeiterbewegung hervorgerufen hat, und wenn man den Arbeitern die Möglichkeit gibt, diese Lage durch freie Einwirkung auf die Elemente derselben, auf die Lohnverhältnisse und die Wohlfahrts-einrichtungen, zu beeinflussen, so wird das Interesse ganz von selbst von dem spezifisch politischen Gebiet abgelenkt (!) und die politische Propaganda wird nur zu einem sekundären Hilfsmittel der praktisch-wirtschaftlichen Aktion, wie es bei den in den Gewerksvereinen organisirten englischen Arbeitern der Fall ist.“

Diese Auseinandersetzung würde jedem liberalen Blatte zur Ehre gereichen, auch jeder konservative kann und wird sie nöthigenfalls unterschreiben, sie ist alles Mögliche, nur nicht sozialdemokratisch, ja sie ist direkt a n t i sozialdemokratisch.

Die Erhebung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse behufs Durchsetzung der ökonomischen Forderungen derselben ist eine der g r u n d s ä t z l i c h e n Forderungen unserer Partei, sie figurirt an hervorragender Stelle im kommunistischen Manifest, Lassalle hat sie in seinen schönsten Agitationschriften mit Energie vertreten, ihr verband unsere Partei ihre außerordentliche Entfaltung, so daß eine ganz eigenartige Auffassung dazu gehört, in einem Augenblick, wo die englischen Arbeiter immer mehr zur

Ueberzeugung kommen, daß sie sich bisher mit der Gewerkschaftsbewegung und solange in einem Zirkel drehen, als sie nicht eine politische Partei bilden, in einem solchen Augenblicke es als wünschenswert hinzustellen, daß in Deutschland, wo eine Gewerkschaftsbewegung gleich der englischen gar nicht mehr möglich ist, die politische Propaganda in den Hintergrund gedrängt werde. Wir verwerfen jede leichtfertige Anwendung des Wortes: Verrath, es liegt uns auch heute ferne, eine schlechte Absicht unterstellen zu wollen, sachlich aber können wir ein solches Bestreben nicht anders als mit Verrath unserer Prinzipien bezeichnen.

Wir sind von jeder eifrige Freunde und Fürsprecher der Gewerkschaften gewesen und sind es auch heute noch, wie unsere Haltung gegenüber der augenblicklich in Deutschland auf diesem Gebiet vorrückenden Bewegung beweist. Niemand kann den Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen wärmer begrüßen, als wir es gethan. Aber wir halten es auch für unsere Pflicht, jeder Ueberschätzung dieser Bewegung entgegenzutreten.

Wer auch nur einigermaßen die Geschichte der deutschen Gewerkschaften kennt, dem wird nicht entgangen sein, daß die Arbeiter der eigentlichen Fabrikindustrie in derselben, eine ganz kurze Zeit ausgenommen, so gut wie gar nicht vertreten sind, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie meist gar nicht im Stande sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sei es infolge sogenannter „Wohlfahrtsvereine“, wie Fabrikfabriken, Arbeiterwohnungen und dergleichen, sei es infolge ihrer miserablen Bezahlung, der Konkurrenz weiblicher Arbeitskräfte u. s. w. Nur die Arbeiter der mittleren und Kleindustrie sind heute noch im Stande, sich gewerkschaftlich zu organisieren und durch ihre Organisationen Erfolge zu erzielen. Ein Schreinermeister, der 5, 10 oder 20 Gesellen beschäftigt, hat weder die nötigen Mittel, dieselben durch die oben gekennzeichneten Einrichtungen an sein Geschäft zu fesseln, noch steht der Arbeiter ihm gegenüber im gleichen Abhängigkeitsverhältnis als der der Großindustrie. Der Arbeiter ist in diesen Branchen noch nicht zum bloßen Maschinentheil herabgesunken, seine Person gilt noch etwas, und er hat außerdem, infolge der noch nicht vollzogenen Konzentration der Industrie, auch eine größere Chance, bald anderswo Arbeit zu finden. Nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in den Wittelschaften unserer Partei finden wir daher fast ausschließlich Arbeiter dieser Branchen und eingestanden ermaßen vorzugsweise die besseren Arbeiter. Das Fabrikproletariat stimmt für uns, es wird auch im gegebenen Falle für uns kämpfen, aber in unseren Organisationen ist es nicht oder nur verschwindend vertreten.

Auch in England sehen sich die Gewerkschaften im Wesentlichen aus den besser situierten Elementen der Arbeiterklasse zusammen, bilden sie sozusagen eine Arbeiteraristokratie. Aber selbst diese sogenannte „Elite“ der Arbeiterklasse konnte es nur deshalb zu so großartigen Organisationen bringen, weil diese sich in einer Zeit ausgebildet, wo England auf dem Weltmarkt eine dominierende Stellung einnahm, wo die Produktion Englands sich in einer Weise steigerte, wie in keinem Verhältnis in keinem anderen Lande der Welt. Und es ist sicher kein Zufall, daß gerade jetzt, wo diese dominierende Stellung Englands immer mehr erschüttert wird, die Gewerkschaften nur geringe Fortschritte, wo nicht Rückschritte machen. So weiß der Kassendebatte der großartigen „Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer“ (amalgamated Society of engineers) in den letzten Jahren folgenden Rückgang an:

Ende 1877	275,270	Stk.	Stk.
„ 1878	251,675	„	„
„ 1879	141,116	„	„
„ 1880	130,074	„	„

Dieser Rückgang ist zwar keinem Rückgang der Wittelsiederzahl geschuldet, die sich eher um ein Geringes gehoben hat, aber er beweist doch, wie sehr die Leistungen dieser Gewerkschaften und damit ihre Kraft und ihr Einfluß von den Befähigungen des internationalen Konkurrenzkampfes abhängen.

Deutschland ist zu einer Zeit in diesen Konkurrenzkampf eingetreten, wo das Zeit eigentlich schon abgeschöpft war. Es ist absolut undenkbar, daß es je auf denselben eine Rolle spielen wird, wie England sie gespielt hat. Nur mit äußerster Anspannung seiner Kräfte hat es den Platz erobert, den es heute einnimmt, und wird es ihn behalten. Es ist also geradezu ausgeschlossen, daß die deutschen Arbeiter es ihren englischen Kollegen werden nachmachen können, und es gehört, wir wiederholen es, eine ganz eigenartige Auffassung der Dinge dazu, wenn der betreffende Artikelschreiber schreibt:

„Das Sozialistengesetz ist gegenwärtig das schwerste Hemmnis, das die deutsche Arbeiterbewegung hindert, in die Bahnen der englischen Gewerkschaften zu treten. Befreit man sie davon, dann kann man mit Zuversicht erwarten, daß die Gewerkschaftenorganisation der englischen Form auch auf deutschem Boden eine triebkräftige Stätte finden und — wenn man die Blüthe nicht wieder durch politische Schikanen verhindert — dieselben gesunden und nützlichen Früchte zeitigen wird wie in England.“

Je eher die deutschen Arbeiter von der schmachtvollen Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte durch das Sozialistengesetz und verschiedene andere Gesetze befreit werden, um so besser für eine gesunde Entwicklung der Arbeiterbewegung, die nun heute einmal nicht mehr verhindert werden kann, das ist selbstverständlich auch unsere Meinung. Wenn aber die Abschaffung des Sozialistengesetzes dadurch erkauft werden soll, daß die Arbeiterklasse aufhört, eine politische Partei zu bilden, wenn man den deutschen Arbeitern einreden will, daß ihnen auf dem rein gewerkschaftlichen Gebiete erhebliche Erfolge in Aussicht stehen, dann müssen wir auf das Entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen.

Derartige Argumente gegen das Sozialistengesetz mag man den Liberalen überlassen, Sozialisten hätten, dächten wir, bessere dagegen in's Feld zu führen. Wir verstehen die Taktik, zu schweigen, wo Reden Schaden bringt; unwürdig und im höchsten Grade schädlich aber ist es, das Gegenteil von dem zu sagen, was man denkt.

Damit beträgt man nur die eigenen Anhänger!  
Leo.

## Sozialpolitische Rundschau.

Bairisch, 3. Oktober 1883.

— An die Parteigenossen! Mitte August brachte die „Norddeutsche Allgemeine“ bekanntlich einen Artikel, in welchem die französische Presse der systematischen Heberei gegen Deutschland beschuldigt und ihr einige Winke mit dem Hauptabsatz zum Ruhehalten gegeben wurden, wenn sie Deutschland, d. h. den „friedliebenden“ Reichskanzler, nicht zum Kriege reizen wolle.

Dieser Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ stützte sich auf die chauvinistischen Anklagungen einiger französischer Presseorgane, die weder als die eigentlichen Repräsentanten der öffentlichen Meinung Frankreichs, noch als Gesinnungsansdruck der französischen Regierung angesehen werden konnten.

Gleichwohl machte der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ überall das größte Aufsehen und in Frankreich einen peinlichen Eindruck, weil man sich gewöhnt hat, das erwähnte Blatt als das Organ des deutschen Reichskanzlers anzusehen, durch das er seinen Wünschen und seiner Zustimmung Ausdruck verleiht.

Wie immer dem sei, kein Zweifel ist, daß jener Artikel als eine Insult Frankreichs aufgefaßt werden mußte und, wenn er die Meinung des Reichskanzlers wirklich ausdrückte — was bei einem Bedientenblatte wie die „Nordd. Allg. Ztg.“, die oft die widersprechendsten Meinungen vertritt, nicht bestimmt zu sagen ist —, den Glauben erwecken mußte:

es sei demselben nur daran zu thun, einen Streit vom Zaune zu brechen, um die Gelegenheit zu einem großen Kriege zwischen beiden Nationen zu haben. In Frankreich ist diese letztere Auffassung allgemein verbreitet und sie hat sich auch insbesondere der französischen Sozialisten bemächtigt.

Von letzterer Seite wurde der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie der Wunsch ausgesprochen, gegen das zum Kriege führende Treiben der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine öffentliche Manifestation zu erlassen, durch welche die Vertretung der Partei im Namen derselben ihr Urtheil über dieses Treiben abgebe und den französischen Arbeitern die Versicherung gebe, daß die Partei gegen jeden Eroberungskrieg protestire und nur den Frieden und die Verbrüderung der Nationen wünsche.

Diese Angelegenheit ist der Parteivertretung unterbreitet worden und hat dieselbe mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit entschieden: bei allem Einverständnis im Wesen der Sache aus rein formellen Gründen von einer öffentlichen Manifestation abzusehen.

Und zwar war der entscheidende Grund, daß der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, in Rücksicht auf den Charakter des Blattes, kein genügend erster Anlaß zu einer solchen Manifestation sei, die erst dann am Platze wäre, wenn offiziell Absichten kundgegeben würden, wie sie das Blatt offiziell nur vermuthen lasse. Ein anderer Grund aber, eine solche Manifestation zu erlassen, liege nicht vor; denn daß die deutsche Sozialdemokratie Feindin jeden Krieges sei, der im dynastischen Interesse oder im Interesse der herrschenden Klassen geführt werde, habe sie oft genug und speziell Frankreich gegenüber dokumentirt, und dafür sei auch die Haltung ihres offiziellen Presseorgans Zeuge. Es sei Sache unserer französischen Gesinnungsgenossen, dahin zu wirken, daß die Gesinnungen der deutschen Sozialdemokratie auch den Arbeitern Frankreichs genügend bekannt würden.

Deutschland, den 28. September 1883.

— Kette Früchtchen. Bekanntlich beglückte der alte Wilhelm am 27. September die Stadt Frankfurt a. M. mit seinem Besuche, Darob große Galavorstellung, Festspielern im Palmengarten mit Loth vom Oberbürgermeister und weiland Kommunisten Marius, so kriechend demüthig, daß ein Hund sich darüber das Beden abgewöhnen konnte —

„Wollen Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät allergnädigst zu gestatten geruhen, daß ich im Namen der Bürgerschaft dieser Stadt den tiefempfundenen Gefühlen des Dankes und der Freude über die huldvolle Annahme unserer Einladung ehrfurchtsvollen Ausdruck gebe. Wir wagen, in derselben ein neues kostbares Pfand der gnädigen Gesinnungen und der so oft bewiesenen landesväterlichen Huld Ew. Majestät für unsere Stadt zu erblicken“ u. s. w.

Abends natürlich große Illumination, bei welcher Gelegenheit einige Straßenlumen Herrn L. Sonnemann die Fenster einwarfen, weil er nicht illuminirt hätte. Zwei derselben wurden von einem Verwandten des Herrn Sonnemann erwischt, und einpuppen sich als „guter Leute Kind“, nämlich ein Sohn des feierreichen Fabrikanten Meister (in Firma Meister, Lucius u. Brüning) und ein Sohn des Sanitätsrath Spieß. Die Sorte wird einmal gut!

Beiläufig war die Adresse der patriotischen Demonstration herzlich schlecht gewählt. War auch das Haus des Herrn Sonnemann nicht erleuchtet — wie die „Frankfurter Zeitung“ erklärend, wo nicht entschuldigend hinzusetzt, war Herr Sonnemann gar nicht in Frankfurt anwesend —, so hatte die Zeitung desselben in der gleichen Nacht um so besser illuminirt. Das Morgenblatt vom 28. September brachte einen Artikel in Ehren der Enthüllung des „Nationaldenkmals“ auf den Niederwald, der das nationalmiserable Gemüth zufrieden stellen mußte. Mit peinlichster Sorgfalt ist in dem ganzen Hymnus selbst das Wort Freiheit vermieden — Einheit, Einheit und wieder Einheit thut es uns von A bis Z entgegen.

„Ach Einheit ist nur leerer Schall,  
Wenn sie nicht Einheit ist im Guten!“  
sang einst Herwegh — die Zeiten sind vorbei, wo man in Frankfurt am Main ebenso dachte.

Die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“ wagte es doch wenigstens, daran zu erinnern, daß, was 1870 in Roth und Tod „mit blutigen Heidenkriegen“ erlämpft werden mußte, bereits „im friedlichen Programm des großen Volksjahres 1848“ erstrebt wurde — kein Wort davon in der demokratischen „Frankfurter Zeitung“. Die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“ wagte es, schlichtern darauf hinzuweisen, daß der Tag kommen wird, da an die Stelle der alten zertrümmerten europäischen Verträge — — „neue und haltbarere, volkstümlich freie und national naturgemäße europäische Verträge“ treten werden — in der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ heißt es:

„Küße man nur das letzte Jahrzehnt zum Zeugen auf, was beklundet es anders, als das unablässige Bemühen Deutschlands, den Frieden zu erhalten und zu schütten. Hat unser Bündnis mit mit Oesterreich-Ungarn, haben die intimen Beziehungen zu anderen Staaten, die wir gesucht und gefunden haben, einen anderen Zweck? Fürwahr, der kennt das deutsche Volk schlecht, wer da fürchtet, es könne abenteuerlichen Gedanken Raum geben, es werde sich durch Ansticht auf Ehre und Vergößerung zu Angriffen hinerufen lassen, es werde den chauvinistischen verhegenden Stimmen, die vereinzelt aus seiner Mitte ertönen, ein williges Ohr leihen. Kein Land ringsum reißt unsere Begierde, wir sind im Vollbesitz dessen, was wir brauchen, um unsere Pflicht als Nation erfüllen und uns des Daseins freuen zu können, und in der Erfüllung jener Pflicht und in dem Genuß dieser Freude finden wir die reichste Befriedigung unseres Ehrgeizes.“

Aber diese Güter wollen wir uns auch erhalten, und wehe der Hand, die sie uns antauchen, verschren oder gar entreißen will. Sie sind unsere Krone, und wenn diese bedroht wird, hört das Schwert auf, eine Stütze zu sein und wird zur Wehr, wie vor dreizehn Jahren.“

— „Einheit und Frieden, darin ist unser Bündnis beschlossen, darin gipfeln die Feste, die wir als Nation feiern, das finden die Deutschen, die wir den Todten zum Dank, den Lebenden zur Erinnerung, den kommenden Geschlechtern zur Mahnung aufrichten.“

Was kann Bismarck noch mehr verlangen? Das Bündnis mit dem verrötherten aller europäischen Staatensystemen, Oesterreich, verheerlich, die Annexion von Elsaß-Lothringen, dieses beständigen Janakapsels zwischen Frankreich und Deutschland, gepriesen, und für sorgfältige Rüstungen Heilame gemacht, was fehlt da eigentlich noch?

\*) Es sei hier nur an unseren Leitartikel in Nr. 36 des „Sozialdem.“ erinnert, in welchem in der denkbar schärfsten Weise gegen die Kriegshegerei Protest erhoben wurde und in welchem es am Schluß heißt:

„Nur dadurch, daß die Grundzüge der Demokratie wieder zur Geltung gebracht werden, kann das drohende Unheil eines blutigen Krieges abgewendet werden. Seyen wir daher der Politik der Herrscher die Politik der Beherrschten entgegen! Wägen die Regierenden in Frankreich und Deutschland sich beschiden, die deutschen Arbeiter reichen ihren französischen Brüdern, die Unterdrückten diesseits des Rheins den Unterdrückten jenseits des Rheins die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen alle Unterdrückung, zum energischen Protest gegen die Politik der nationalen Verheerung.“

Nein, die „Frankfurter Zeitung“ ist unverdient zu der Ehre gekommen, daß ihrem Befiger von Rutenlammeln die Fenster eingeworfen wurden. Ein Fackelzug gebührt ihr von Rechtswegen für die Preisgebung aller Grundsätze, für die sie einst eingetreten.

Hat das deutsche Volk wirklich keine andere Möglichkeit, seine Einheit und den Frieden zu erhalten als durch seine Kriegsbereitschaft, wie sie die Germania auf dem Niederwald verkörpert? O gewiß, es hat sie. Es gibt eine bessere Friedensstifterin als alle Kanonen und Repetirgewehre, und diese Friedensstifterin heißt die Freiheit. An dem Tage, da Deutschland frei sein wird, da Elsaß-Lothringen, um mit Liebknecht zu reden, weder Deutschland noch Frankreich, sondern sich selbst gehören wird, an diesem Tage wird auch der Friede gesichert sein, und nicht eher, trotz Bismarck, Wolke und der „Frankfurter Zeitung.“

— Wozu das stehende Heer gut ist. Auf der Haide in Mühlheim am Rhein wurde am 23. September eine geheime Versammlung von der Polizei unter Hinzuziehung von Soldaten aufgelöst, bei welcher Gelegenheit auch mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Ist es nun schon merkwürdig, daß sich die Polizei überhaupt zusehen darf, Männern, die im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Rechte sind, die Verachtung ihrer Angelegenheiten zu verbieten, so ist die Witwirkung des „Volkes in Waffen“ doppelt geeignet, Jeden, dessen politische Denkwiese noch nicht ganz verpreußt, oder sagen wir besser verhöhenjollert ist, auf's Keuferste zu erhitzen. Wie die „Kölnische Zeitung“ schreibt, kamen denn auch Tags darauf etwa 20, „anscheinend dem Arbeiterstand angehörige Männer“ zu den Schießständen der Mühlheimer Haide und hielten den dortigen Wachtposten das Schmachvolle der Rolle vor, die sie und ihre Kollegen da gespielt — „infaltirten sie“, heißt es im Jargon des offiziellen Blattes. „Infolge davon, heißt es weiter, hat das Gouvernement die Posten für die Nacht verstärken lassen und befohlen, daß sämtliche Posten an den Schießständen fortan mit scharfen Patronen zu versehen sind, zugleich mit der Weisung, daß dieselben bei etwaigen Angriffen auf sie von ihrer Feuerwaffe Gebrauch machen.“

Mit anderen Worten, die Soldaten sollen ihre Brüder aus dem Volke in Zukunft ohne Weiteres niederschließen.

Und diese Notiz läuft ohne jeden Kommentar durch die deutsche Presse — die „Frankfurter Zeitung“ bringt sie unter „Bermischtes“. Dahin haben sie es glücklich im preussischen Reiche deutscher Ration gebracht!

Diesemigen Teilnehmer an der aufgelösten Versammlung, welche bei den königlichen Zentralverhältnissen angestellt waren, sind Knall und Fall aus der Arbeit entlassen worden. Sie mögen nun verhungern oder bettelnd zu Kreuze kriechen.

Es gibt noch ein Drittes, und Ihr werdet's noch dahin bringen, daß auch die deutschen Arbeiter davor nicht zurückschrecken!  
Euer schlechtes Gewissen sage Euch, was wir meinen.

— Ein Biß der „Provinzialkorrespondenz“, die noch nie einen gemacht hat, ist sicherlich ein „Ereignis“, das wir notiren müssen, zumal er speziell zu unserer, der Sozialdemokraten, Unterhaltung gemacht wurde. In einem Artikel über (und natürlich für) die Verlängerung des Sozialistengesetzes, gibt das Leiborgan des Tugendboldes Puttkamer zu, daß dieses Gesetz weder „der sozialdemokratischen Agitation“ noch der „Verbitterung der bestplesen Klassen“ ein Ziel gesetzt habe — indes das sei auch von den verblödeten Regierungen gar nicht beabsichtigt worden; dagegen habe es seinen eigentlichen Zweck vollständig erreicht, indem es die, durch die bösen Sozialdemokraten um die Freiheit ihres Handelns gebrocherten Arbeiter „wieder auf sich selbst gestellt und mit den geschichtlichen Mächten des deutschen Volksthebens wieder in Verbindung gebracht habe.“

Nun wissen wir's. Was die „geschichtlichen Mächte des deutschen Volksthebens“ sind, sagt uns das Leiborgan des Tugendboldes Puttkamer zwar nicht, aber wir kennen ja die Weltanschauung dieses Herrn und seiner Konfession. Bibel und Schnaps — die Bibel ausgelegt vom Hosprediger Stöcker und zu frischen, fröhlichen Judenhejen „frustifziert — der preussische Schnaps, der, wie Junter Bismarck („auch ich bin Schnapsbrenner!“) seinem Freunde „Blüschchen anvertraute, dem deutschen Volke besser konvenirt, als das revolutionäre Bier und der noch revolutionäre Wein — und als dritter im Bund noch der Prügel — diese heilige Dreieinigkeit ist's natürlich, was der Tugendbold Puttkamer unter den „geschichtlichen Mächten des deutschen Volksthebens“ versteht. Und wir müssen sagen: „Der Jung' hat einen guten Geschmack.“

Schade nur, daß der Geschmack der plebejischen deutschen Arbeiter nicht ganz mit dem ihrer aristokratischen Begleiter übereinstimmt, und daß sie in ihrer Verblendung meinen, die Herren möchten ihre „geschichtlichen Mächte: Bibel, Schnaps und Prügel für sich behalten.

— Die Nationalliberalen werden ordentlich nervös, daß die Reichsregierung sich noch nicht in unabweidender Weise für die Verlängerung des Sozialistengesetzes ausgesprochen hat. Auch der famose Artikel der „Provinzialkorrespondenz“ von den „geschichtlichen Mächten des deutschen Volksthebens“ ist ihnen noch nicht klar und unumwunden genug. Mit Schreden denken sie an die Möglichkeit, daß Fürst Bismarck, um die Bourgeoisie zu ärgern, das Sozialistengesetz „ans Bohrer“ anheben, und daß die sozialdemokratische Presse wieder erheben könne, vor welcher die Herren Nationalliberalen (und noch andere Leute) sich fürchten, wie vor dem höllischen Feuer. Es ist aber auch in Wirklichkeit höllisches Feuer von der „Sorte“, wie nach Heine die Hölle des Dante, in der die Scharfen nach Verdienst bestraft werden und aus der es keine Errettung gibt. Um den vermeintlich schwankenden Bismarck zum richtigen, gesellschaftsretternden Einsicht zu bringen, tüschen die nationalliberalen Blätter jeden Tag allerhand Schandergeschichten über die Sozialdemokraten auf. Doch das interessiert uns wenig. Mehr interessiert uns die Dummheit, welche die nationalliberalen Presse dabei an den Tag legt.

So wird jetzt z. B. erzählt, daß in Waldeck, wo niemals eine sozialdemokratische Stimme abgegeben worden ist, einzelne Drischksten von London aus mit Exemplaren des „Sozialdemokrat“, förmlich übergeben worden seien.“ Der Bericht schließt mit den geistreichen Sätzen: „Wir zweifeln nicht, daß ähnliche Einschmuggelungsversuche überall in Deutschland vorkommen werden. Gerade aus ihnen aber läßt sich am besten erkennen, was das Sozialistengesetz in der That genügt hat.“ Also, daß die sozialdemokratischen Zeitungen nach Deutschland eingeschmuggelt werden, ist ein „Kuchen des Sozialistengesetzes“. Die Angst muß den Leuten ihr bißchen Verstand genommen haben. Sie haben übrigens gar keine Ursache sich zu ängstigen — die Verlängerung des Sozialistengesetzes ist ihnen gewiß.

— Zur „Verrohung des Volkes.“ In einem historischen Aufsatz der in den Magdeburger erscheinenden „Blätter für Handel, Gewerbe und soziales Leben“, Beiblatt der „Magdeburgerischen Zeitung“, wird der große Wendenaufstand des Jahres 983 behandelt, und bei dieser Gelegenheit des Grafen Gero, der etwa 50 Jahre vor jenem Aufstand gegen die Wenden thätig gewesen war, wie folgt gedacht: „Er war ein harter Mann, der vor zurthbaren Thaten nicht zurückschonte, sobald er deren Nothwendigkeit einmal erkannt hatte. Bei einem Gastmahl ließ er 30 wendische Fürsten, nach dem er sie trunken gemacht, erschlagen, da er sich eines Gleichens von ihnen zu versehen hatte. Die Thaten dieser beiden vortrefflichen Männer (Gero's und Herzog Hermann's, soll dem vorher die Rede war) im Einzelnen zu verfolgen, würde zu weit



schaffen, deren Wichtigkeit der Verfasser mit Recht hervorhebt, ohne ihre Schwächen zu verkennen. So sagt er am Schluß:

„Politische Organisation des Proletariats ist ebenso unerlässlich, als die Gewerkschaftsorganisation, schon deshalb, weil in Folge der Teilung der Arbeit und in Folge des naturbedingten Arbeitsmarktes nicht alle Arbeiter den Gewerkschaften angehören können. Tausende von Arbeitern sind heute in diesem Gewerke tätig, morgen in jenem. Sie können deshalb nicht immer denselben Gewerkschaften angehören. Die Teilung der Arbeit verschiebt die Grenzen der einzelnen Gewerke mehr und mehr. Heute ist der Arbeiter an einem Ort und morgen an einem andern. Ferner werden häufig diejenigen Gewerkschaften, die sich als die eifrigsten Agitatoren oder als die Führer von Streiks erwiesen, bei den Arbeitgebern mißlieblich und ganz aus der Produktion hinausgemergelt. Natürlich müssen dieselben dann eine andere Lebensstellung einnehmen und können sich an dem gewerkschaftlichen Kampf nicht mehr betätigen. Sollen alle diese Elemente zur Unfähigkeit in dem großen Befreiungskampfe des Proletariats gezwungen werden, während ihnen der Kampf um politischen Boden hinreichend Gelegenheit gäbe, ihre Tätigkeit im Interesse des Proletariats, dem sie ja doch angehören, zu entfalten? Außerdem gibt es Forderungen, wie z. B. obligatorischer Schulpflicht bis zu einem gewissen Alter, Regulierung der Frauenarbeit, Sanitäts- und Sicherheitsmaßnahmen in Fabriken u. s. w., die absolut nicht anders als durch politische Bewegung zu erreichen sind. Die Gewerkschaften haben aber keine andere Waffe, um ihre Bedingungen zu erzwingen, als die Weigerung, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, also den Streik, eine rein negative Waffe. Die politische Bewegung dagegen hat die positive Waffe des Stimmrechts. Meiner Ansicht nach ist es absurd, einen revolutionären oder radikal sein wollende Reformer die Politik deshalb zu verwerfen, weil sie mißbraucht werden könnte; weil Professionspolitiker sich der Bewegung bemächtigen möchten und persönliche Vorteile daraus ziehen könnten! Professionspolitiker wird es geben, solange die kapitalistische Produktion besteht, sie wachsen gewissermaßen aus derselben heraus, wie die meisten anderen Uebel, mit denen die gegenwärtige Gesellschaft behaftet ist.“

Nach der Theorie Jeser dürften wir also nicht eher Politik treiben, als bis wir im sog. sozialen Volksstaat lebten.

Es gibt für die Professionspolitiker kein wirksameres Mittel, sie ungeschädlich zu machen, als gerade die Politik. Solange sie sich in den alten Parteien befinden, brauchen sie die Stimmen der Arbeiter. Gibt es nun ein einfacheres Mittel für die Arbeiter, als eine selbständige politische Organisation zu haben, um so dem professionellen Politiker die Stimmen zu entziehen? Natürlich darf dies nicht der Zweck der Arbeiterpartei sein, sondern nur eine Folge derselben. Der Zweck der Arbeiterpartei darf kein anderer sein, als solche nationalökonomische Reformen zu erzwingen, welche durch ausschließliche Gewerkschaftsbewegung auf kapitalistischer Rechtsgrundlage un erreichbar sind.

Wenn gewisse radikal oder revolutionär sein wollende, oder auch Besessenen, die Parole ausgeben: „Die Politik ist ein Humbug“, so ist das ungefähr gerade so, als wenn man einem ungeschickten Menschen ein Rasiermesser gibt mit dem Auftrag, sich damit zu rasieren, und er sich dann das Gesicht gefährlich damit verfährt, das Rasiermesser in eine Ecke wirft und entrüstet anruft: „Das Rasiermesser taugt nichts, es ist ein Humbug!“ Nicht das Rasiermesser war Schuld, daß er sich damit geschnitten hat, sondern seine Ungeschicklichkeit. Nicht das Stimmrecht ist Schuld, daß sich die Arbeiter nicht damit zu helfen wissen, sondern die Ungeschicklichkeit der Arbeiter. Um sich Geschicklichkeit in der Politik zu erwerben, müssen die Arbeiter selbständige Politik treiben. Wenn man schwimmen lernen will, muß man in's Wasser gehen. Haben die Arbeiter keinen höheren Begriff von der Politik als die Professionspolitiker, dann ist unser Vorkurs eben einfach in der Degeneration begriffen. Freilich werden sich in der Arbeiterbewegung auch Elemente aus der Arbeiterklasse selbst zu Kenntnis erwecken, aber soll man deshalb die Politik verwerfen? Das heißt das Kind mit dem Bade ausschütten! Von den Professionspolitikern brauchen wir vorerst nicht zu fürchten, daß sie in unsere Partei kommen, denn sie halten stets in der Partei, von der sie erwarten, daß sie siegreich am Stimmkasten ist. Hat sich unsere politische Bewegung aber erst einmal so weit entwickelt, daß dem mit Klassenbewußtsein erfüllten Proletariat ein Sieg am Stimmkasten bevorsteht, dann brauchen wir im großen Ganzen von den Professionspolitikern erst recht nichts mehr zu befürchten, denn sie sind so klug wie jeder Geschäftsmann; sie suchen ihre Kunden zu gewinnen. Sie sind bereit, sich zu irgend einem Prinzip zu bekennen, wenn das Prinzip voraussichtlich die Mehrheit des Volkes auf seiner Seite hat.

Die Idee, im heutigen Staat nicht stimmen zu wollen, sondern erst im Zukunftsstaat, wie sich viele unserer Genossen ausdrücken und womit sie gewissermaßen ihre Unfähigkeit bejähren wollen, ist eine irdige. Sie treibt uns dem Fatalismus in die Arme. Sie ist gerade so irrig wie jene, wonach wir im heutigen Staat noch nicht die Arbeitszeit vermindern und den Stimmlosten kontrollieren dürften.

Die größte Gefahr für die selbständige Arbeiterbewegung liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb der Arbeiterpartei; sie liegt in dem falschen Begriff des Wortes „Erfolg“. Des sogenannten „Erfolgs“ wegen wird häufig das Prinzip geopfert. Unter „Erfolg“ am Stimmkasten verstehen die Parteimitglieder meistens die Erwählung ihrer Kandidaten ohne Rücksicht auf Prinzip. Und meistens sind es die Kandidaten selbst, welche diesen Erfolg haben wollen. Dies beweist aber nur, daß die Arbeiter das Wesen der Repräsentativrepublik noch nicht begriffen haben.“

Sehr treffend heißt es am Schluß der Broschüre: „Die Republik legt jedem Bürger die Pflicht auf, am öffentlichen Leben Anteil zu nehmen. Dem Arbeiter legt sie die Pflicht auf, sein Klasseninteresse zur politischen Frage zu machen, sonst wäre es überaus zwecklos, den Arbeiter das Wahlrecht ausüben zu lassen. Die Arbeiter von der Benutzung des Stimmlosten in ihrem Klasseninteresse abzuhalten zu wollen, heißt mit anderen Worten sie für politische Kräfte halten, ihnen jede geistige Fähigkeit absprechen und sie überhaupt für unfähig halten, am Regierungswesen Anteil zu nehmen. Das Interesse der Arbeiterklasse selbst macht sowohl die gewerkschaftliche als die politische Bewegung der Arbeiter zur Notwendigkeit, und nur deshalb ist die Lösung der Arbeiterfrage die kulturgeschichtliche Aufgabe der Arbeiter selbst.“

Da der Verfasser Werth darauf zu legen scheint, so wollen wir noch hervorheben, daß er ein Arbeiter (Schlosser) ist. Wir können seine Broschüre auf's Beste empfehlen.

## Korrespondenzen.

— **Wpolda**, 10. September. Schon längst wäre es Pflicht gewesen, über die hiesigen Parteiverhältnisse zu berichten, umso mehr als unseres Wissens noch kein Bericht von hier an das Parteiorgan eingeschickt worden ist. Der Grund mag wohl der sein, daß die Zeitung unserer Lokalangelegenheiten nicht in den richtigen Händen war. Man trieb eben mehr Bierpolitik, als daß man etwas für eine praktische Organisation getan und sich mit unserem Parteiorgan in Verbindung gesetzt hätte. Wir wollen nun versuchen, das Verfallene, soweit es uns möglich, nachzuholen.

Im Jahre 1878 machte sich nach den beiden Attentaten infolge der künstlich erzeugten Aufregung auch hier eine gewisse Strömung gegen die Sozialdemokratie geltend. Auch hier wurde denunziert, gehandelt und gemordet. Es war hauptsächlich der Fortschrittverein, welcher diese Aufregung benutzte, um für sich und seine Partei daraus Kapital zu schlagen. Man schürte giftigst den Haß, indem man die Attentate als Produkt der sozialdemokratischen Lehren hinstellte, was die Herren, neherbei gesagt, ja selbst nicht glaubten. Es galt, die bösen Sozialdemokraten, welche ihnen immer Opposition in ihren Versammlungen machten, zu vernichten. Auf diese Weise arbeiteten die Riederländer für das Sozialengesetz, das sie, obgleich sie es öffentlich bekämpften, heimlich doch wünschten. Sagte doch der „tapere Eugene“ selbst in einer Versammlung, die er hier nach Auflösung des Reichstags abhielt, nachdem ihm einige unserer Genossen etwas hart zugesetzt hatten, mit unverkennbarem Schadenfreude: „Es wird schon dafür gesorgt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen!“ Und richtig, der geheime Verzetteln der Fortschrittler ging in Erfüllung, das Sozialengesetz wurde angenommen und trat sofort in Kraft.

Benannter Fortschrittverein wurde vor ca. 6 Jahren vom Kommerzienrat **Wiedemann**, einem Philanthropen, soweit es ihm sein kommerzieller Verkehr erlaubt, zu dem Zweck gegründet, die Sozialisten, welche hier bei den Wahlen stets die Majorität hatten, aus dem

Felde zu schlagen. Herr **Wiedemann** welcher über bedeutende Mittel verfügte, die er sich menschenfreundlicherweise von seinen Arbeitern verdienend läßt, verwendet große Summen, um Erfolge für die Fortschrittspartei zu erlangen, er läßt es sich viel kosten, die Sozialisten ungeschädlich zu machen.

Herr **Wiedemann** ist nach der Meinung seiner Speichellecker auch ein großer Freigeist, ist auch freireligiös, protegiert die hiesige freireligiöse Gemeinde und erhält den Prediger oder Sprecher derselben aus eigenen Mitteln. Doch das hindert ihn nicht, die Sinnen zu trennen Schällein der Kirche zu erziehen und bei den üblichen Gelegenheiten den kirchlichen Segen für dieselben in Anspruch zu nehmen.

Aber der Stern des Herrn **Wiedemann** ist im Sinken, wie bei der am 10. Juli d. J. stattgefundenen Bürgermeistereiwahl deutlich zu erkennen war. Zum besseren Verständnis der Verhältnisse müssen wir voranschreiten, daß nach der Großherzoglichen Gemeindeordnung der Bürgermeister von der Bürgerschaft gewählt wird und der Gewählte dann erst nach von der Regierung bestätigt sein muß. Es bildeten sich Wahlkomitees für die zwei Kandidaten; die Einen traten für den bisherigen Bürgermeister **Schrödn** auf, die Anderen für einen Herrn **Kuhmann**, Bürgermeister aus Korbach bei Korbach. Unsere Parteigenossen beschloßen, in die Wahltagung nicht einzutreten, bei der Wahl aber Jedem freigestellen, zu stimmen, für wen er wolle.

Die Motive zu diesem Beschluß waren:

- 1) Ein von uns aufgestellter Kandidat, welcher konsequenterweise ein Parteigenosse sein müßte, würde im Falle der Wahl von der Regierung nicht bestätigt.
- 2) War die Stimmung getheilt, ein Teil für **Schrödn**, der andere für **Kuhmann**.
- 3) Daß ein Bürgermeister, den die Regierung der Beschäftigung würdig hält, überhaupt gar nicht werth ist, daß wir uns für ihn in's Zeug werfen.

Leider hielten es einige Genossen nicht für nöthig, sich an unseren Beschluß zu halten, führten vielmehr mit aller Macht für **Kuhmann** in die Agitation, insoweit es an anderer wieder für **Schrödn** eintrat. Und so hatten wir das widerliche Schauspiel, welches wir durch unseren Beschluß verhindern wollten: Unsere Genossen bekämpften sich auf die gefährlichste Weise. Solche Ungehörigkeiten sind unter allen Umständen zu vermeiden, an dieser Stelle gerügt zu werden.

Herr **Wiedemann** nun legte seinen ganzen Einfluß für **Kuhmann** in die Waagschale. Dasselbe hatte er vor 6 Jahren für **Schrödn** gethan; dieser hatte sich aber von ihm nicht leiten lassen, war überhaupt unparteiisch und sollte daher springen. Diesmal hatte sich jedoch Herr **Wiedemann** verwehrt, er mußte erleben, daß er eine ganz tüchtige Niederlage erlitt. Der von dem Herrn Kommerzienrat bekämpfte **Schrödn** hatte nahezu 1600 Stimmen, während der von ihm so warm empfohlene **Kuhmann** es auf etwas über 400 brachte. Der Grund dieses gar so kläglichen Fiaskos mag auch in der überaus gehässigen Kampfweise des **Kuhmann**-Komitees gelegen haben.

Und die Schöpfung des Herrn Kommerzienrats, der Fortschrittverein? Nun, derselbe wird bald das Zeitliche segnen. Dieser mit so großen Zukunftspfeilen gegründete Verein, welcher vermeinte, die Sozialisten vernichten zu können, besteht, einige wenige Annahmen abgerechnet, noch aus politischen Wetterfahnen, die von Herrn **Wiedemann** abhängig sind oder sonst sich von ihm Vortheil versprechen, und wird über kurz oder lang begraben und vergessen sein und wir Sozialdemokraten werden ihm nachrufen: Friede seiner Asche!

Was unsere Partei anbetrifft, so ist dieselbe nach Inkrafttreten des Sozialengesetzes allerdings etwas zurückgegangen, doch waren es unzuverlässige Elemente, welche abtraten und an welchen die Partei nichts verloren, wohingegen andere, welche sonst zurückhaltend waren, um so fester sich an uns angeschlossen. Es stellt unsere Partei hier ein Fähnlein, an Zahl zwar nicht sehr groß, aber überzeugungstreuer Kämpfer, die jederzeit bereit sind, für unsere gute Sache, für die Sache der arbeitenden Volks, nach Kräften einzutreten. Das Sozialengesetz hat überhaupt läuternd in unserer Partei gewirkt und werden die hiesigen Genossen im Interesse der Partei gar nicht sehr vermissen, wenn dasselbe noch einmal verlängert würde, da es einerseits als Agitationsmittel sehr gut zu verwenden ist, andererseits nach Innen festigt und gegen Schläge von Außen abhärtert.

Unsere Tätigkeit anfangend, ist zu berichten, daß wir außer den Reichstagswahlen auch bei den Gemeinderathswahlen an den Kampflager traten. Während wir es bei den Reichstagswahlen infolge unglücklicher örtlicher Verhältnisse nur zu starken Minoritäten bringen, haben wir bei den Gemeinderathswahlen den Sieg stets an unserer Seite. Auch zwei Volksoberparlamenten haben wir in letzter Zeit gehabt. Die erste fand am 26. Juni d. J. statt. In derselben sprach Gen. **Kayser** über die Gewerbebeschränkung. In der zweiten, am 30. Juli, referirte Genosse **Haseck** über die Sozialreform des hiesigen Bismarck. Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und die Referenten entledigten sich ihrer Aufgabe in allgemeiner Zufriedenheit; die wohlverdiente populäre Vortragweise Weider fand ein dankbares Publikum. Dasselbe lauschte den Ausführungen unserer Redner mit einer Ruhe und Aufmerksamkeit, welche auch dem Reichstag für seine Sitzungen zu empfehlen wäre. Opposition gab es nicht, obgleich viele Gegner anwesend waren, vielmehr hörten wir verschiedentlich den Wunsch äußern, es möchte bald wieder Gelegenheit gegeben werden, ähnliche Vorträge zu hören.

Bezüglich der Notiz in Nr. 33 des „Sozialdemokrat“ betreffend den Streik der Birker, wäre mitzutheilen, daß derselbe nach einer Dauer von ca. 2 Wochen beendet ist. Nur diejenigen Birker hatten die Arbeit eingestellt, welche für auswärtige, speziell Berliner Firmen arbeiteten, und ist ihre Forderung: Lohnersatzung um 33 $\frac{1}{2}$  Proz., auch bewilligt worden.

Der Streik hat dadurch eine größere Bedeutung gewonnen, daß man zur Gründung eines Fachvereins schritt, zu welchem bereits gegen 150 Beitrittsverklärungen gezeichnet sind. Mit welcher erbärmlichen Mitteln die Gegner kämpfen, steht man daran, daß die Beizungeliste zu diesem Fachverein, welche in einem öffentlichen Lokale ausgestellt worden war, gesohlen worden ist. Das hält natürlich die Gründung des Fachvereins nicht auf, es wird im Gegentheil Alles aufgeboten, denselben recht stark zu machen, da gerade die obige Schutzerlei den Beweis geliefert hat, daß man ihn fürchtet.

— **Höchst-Üfingen**, Anfang September. Der „Sozialdemokrat“ veröffentlicht in Nr. 33 eine Aufforderung, in dem Wahlkreise Höchst-Üfingen einen selbständigen Kandidaten unserer Partei anzustellen, und wird um einen Vorschlag ersucht. Diese Aufforderung ist eine unndthige, ihre Auffassung eine irrig.

Es ist bisher zu jeder Wahl ein Kandidat von uns aufgestellt worden. Das hauptsächlich die letzte Wahl ein schlechtes Resultat brachte, lag einerseits in der mangelhaften Organisation, andererseits in der Gleichgültigkeit des aufgestellten Kandidaten, diesen vorzugsweise aus Arbeitern bestehenden Wahlkreis zu erobern.

Für die nächste Wahl sind wir um einen tüchtigen Vertreter nicht verlegen, vielmehr benutzte Genosse **Fleischmann** schon längere Zeit jede Gelegenheit, das Feld zu erobern, und zwar mit stichtlichem Erfolge, obgleich die schwarz-weißen tagdiebischen Kreaturen jede Belehrung des Volkes zu verhindern suchen.

Ein Beispiel lieferte eine für Höchst eindrucksvolle allgemeine Arbeiter-versammlung, in der Genosse **Fleischmann** über die Lohnbewegung und das neue Krankenversicherungsgesetz referirte sollte. Nachdem die Versammlung bekannt gemacht war, bestärkten die Schwarzen sowohl wie die Weißen den Wirth des betreffenden Lokales, den Rothen doch nicht seinen Saal zu überlassen, und der schwarz-weiße Wirth sagte den Rothen Götzen ab. In jedem anderen geeigneten Lokale war Belagerungszustand und keines zu haben, mit knapper Noth gelang es jedoch noch in letzter Stunde, die Versammlung nach einem nahegelegenen Dorfe einzuberufen. Dieselbe war trotz dieser Thätigkeit sehr zahlreich besucht und verlief zu unserer besten Zufriedenheit.

Weiter hielt Genosse **Fleischmann** Versammlungen ab in Nieder-Ürfel und Riedelheim; letztere fand am 9. d. M. statt, wurde aber, als **Fleischmann** das soziale Geld in den ländlichen Arbeiterkreisen mit ihren verbrochenen und verklebten Fingern, durchsichtigen Thüren, abgedeckten Böckern als schreienden Kontrast gegen die Falsch der Grundbesitzer geschildert und das von gewissen Leuten beflüchtigt im Runde geführte „praktische Christenthum“ gebührend charakterisirt hatte, auf Grund des famosen § 9 des noch famoserem Ausnahmegesetzes aufgelöst.

In ähnlicher Weise wie bei der ersten Versammlung verfuhr man gegen die Gründung eines Fachvereins der Schreiner, gegen welchen die Behörden mit aller Macht opponirten, und dem wir in Dresden (vergleiche

Nr. 32 des „S.-D.“) ein Total nach dem andern verweigert wurde. Es hat den Herren aber nichts genützt; heute haben wir einen Fachverein und eine Filiale der Zentralkassenkasse für Schreiner.

Der Geist unter den Arbeitern im hiesigen Wahlkreise ist ein sehr guter; bei rühriger Arbeit in der Organisation kann der Erfolg nicht ausbleiben, Höchst-Üfingen muß genommen werden und **Fleischmann** ist sein würdiger Vertreter.

Genossen allerorts, auf zur Organisation für die nächste Wahl! Schließt euch brüderlich an einander und werbt einen weiten Kreis neuer Anhänger um Euch, dann wird auch der Erfolg unserer gemeinsamen Sache nicht ausbleiben und die Zeit kommen, wo der Ruf ertönt:

„Auf zum hehren Krieg,  
Hinans zu Kampf und Sieg!“

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der rothe Teufel.

## Quittung.

Nr. 40.— aus **Deltitz** und Nr. 39, am Großherzoglichen Schützenfest gesammelt, erhalten zu haben, bescheinigen  
Die Leipziger Genossen.

## Berichtigung.

In dem Artikel über die sächsischen Landtagswahlen in Nr. 39 wird gesagt, vom passiven Wahlrecht seien 99 Prozent der Steuerzahler in Sachsen ausgeschlossen; es muß heißen: 93 Prozent.

## Warnung.

Wir warnen die Genossen vor **Seinrich Wiske**, Schreiner aus **Hamburg**. Derselbe hat gesammelte Partei-Unterstützungsgelder unterlagern und Vereinsmitglieder auf gemeine Weise betrogen. Sollte sein Aufenthalt bekannt sein, ersuchen wir, es uns zu berichten.  
Deutscher Arbeiterverein Bern.

## Zur Beachtung.

Die Genossen **Pforzheim**s haben eine **Photographie von Daniel Lehmann** herstellen lassen, deren Felde zur Errichtung eines Grabsteins für denselben verwendet werden soll.  
Die Expedition des „Sozialdemokrat“ ist bereit, Bestellungen auf dieselben auszuführen; der Preis beträgt pro Exemplar 30 Pf. — 40 Ct.

## Briefkasten.

der Redaktion: Minden: Knoschnitte dankend empfangen, sollen in nächster Nummer entsprechend verwendet werden. — **Forst** (Niederlausitz): Antwort an **Pastor Werlich** in nächster Nr.

der Expedition: A-n: Dowl. — 25 pr. Agbd. erh. Bl. B. am 4/10. fort. — **Balat**: Nur immer „feste druf“, der Sieg ist über! — **R. B. Paris**: Fr. 3.— Ab. 4. Du. u. Schl. erh. — **A. R. Hbg.**: Nr. 4, 30 Ab. 4. Du. erh. — „Eintucht Nachfolger“: Nr. 40.— h. Co. gutgebracht. Weiteres besorgt. — **Der alte Ego**: Nr. 9.— Ab. 4. Du. erh. — **Sp. Vtgh.**: Nr. 6.— Ab. 2. u. 3. Du. erh. — **Rothe Fahne**: Nr. 15.— Abon. 3. Du. erhalten. Ab. geordnet. — **B. Abg.**: Nr. 3.— Ab. 4. Du. erh. — **Himmel** — : Nr. 27.— zuzügl. Begrüd. nach Vorchrift verwendet. **Son Hsn**. lag kein Jettel bei, nur von R. — **Kilian**: Nr. 39, 60 Ab. 3. Du. erh. Bllg. vorgem. — **Hr. Amsterdam**: Fr. 2,50 Ab. 4. Du. erh. — **F. B. St. B.**: Nr. 3.— Abon. 4. Du. erh. Bewilligtes mit 40 fort. — **H. Jhu. Karus**: Fr. 2,25 Ab. 4. Du. erh. — **Abh. Bbl.** Post: Fr. 5,82 f. Schl. erh. Gd. fort. Bllg. hoffen dort. — **P. G. Brüssel**: Fr. 4,60 für Rtn. pr. Agbd. gutgeh. Fr. 2,50 **Kasseler** d. Wb. dts. zugem. — **Gewy. Obld.**: Fr. 2.— Ab. 4. Du. erh. — **R. u. J. J.**: Fr. 7,50 Ab. 4. Du. erh. — **R. Schble**. **Karau**: Fr. 2.— Ab. 4. Du. erh. — **P. a. a. a.**: Fr. 1,50 Ab. 4. Du. u. Schl. erh. **P. R.** durch **E. B.** beantwortet. — **J. Sch. Gz.**: Dowl. 1,70 Ab. 4. Du. erh. — **b. dr. Wkau**: Nr. 3.— Ab. 4. Du. u. Schl. erh. Weiteres besorgt. — **H. Sch. O.**: Nr. 4,40 Ab. 4. Du. erh. — **Berrina**: Nr. 500.— a. Co. Ab. erh. **Bf. u. P. R.** hier und beantw. Bllg. folgt. — **Paris**: Fr. 161,10 Ab. 3. Du. und Schl. erh. ebenso zurilderbetenes. Alles beachtet. — **Handdamp**: Fr. 15.— a. Co. Schl. erh. Weiteres angenehm. — **Rgr. Wthar**: Fr. 12,50 Abon. 3. Du. in **Boar** u. **Grgsch.** erh. **Ab. notirt.** — **G. M. Dhu**: Nr. 12.— Ab. August und September erhalten. — **J. J. St. Gallen**: Fr. 2,10 Ab. Sept. erh. Schl. abg. — **Wthm. Wthar**: Fr. —,75 f. Schl. erh. — **Otto Borsdorf** **Zammerthal**: Nr. 73,90 a. Co. erh. — **Schwager** **Laugenichts**: Nr. 25,80 Ab. 4. Du. erh. **Bf. erwart.** — **Schwager** **Laugenichts**: Nr. 25,80 Ab. 4. Du. erh. und die neuen Comp. erh. Alles nach Vorchrift besorgt. — **Epilog**: Fr. 90.— a. Co. erh. **Bf. v. 1/10**. hier. — **Der Kl. Thrgz.**: **Guanflüg.** erh. Bllg. u. **Bf. folgt.** — **Rantwar** **Gz.**: **Bf. toft** 50 Uis. **Strafp.** porto, da unfrankirt. Weiteres beachtet. — **O. R. Paris**: Fr. 2,50 Ab. 4. Du. erh. — **Von einem Nichtsozialisten**: d. fl. 5.— pr. Agbd. dtd. erh.

Durch die Unterzeichneten ist zu beziehen:

Billige Ausgabe.

## Die Frau

in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Von

A. Bebel.

Die Schrift, die 224 Seiten Großokta umfasst und gut ausgestattet ist, kostet bei Bezug von mindestens fünf Exemplaren **Mk. 1,50** = **Fr. 1,90** netto; bei weniger als fünf Exemplaren **2 Mk.** = **Fr. 2,50** netto. Nur gegen **Baardvoranzahlung**. Porto extra.

Der Kapitelinhalt der Schrift ist folgender:  
Seite 1: Einleitung. S. 6: Die Frau in der Vergangenheit. S. 35: Die Frau in der Gegenwart. Der Geschlechtstriebe. Die Ehe. Ehemann- und Hindernisse. S. 59: Weitere Ehemann- und Hindernisse. Das Jochverhältnis der Geschlechter; seine Ursachen und Wirkungen. S. 77: Die Prostitution eine notwendige soziale Institution der bürgerlichen Welt. S. 89: Die Erwerbsthätigkeit der Frau. Ihre geistigen Fähigkeiten. Der Darwinsimus und der Sozialismus der Gesellschaft. S. 116: Die rechtliche Stellung der Frau, ihre Stellung zur Politik. S. 129: Staat und Gesellschaft. S. 149: Die Sozialführung der Gesellschaft. S. 192: Die Frau in der Zukunft. S. 195: Internationalität. S. 198: Ue Bevölkerung. S. 215: Schluß.

Expedition des „Sozialdemokrat“ **Holzdrukhandlung**  
**Hettingen**, Zürich.

## Unsere Abonnenten

zur gef. Kenntniß, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 43 erheben werden, sofern bis zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingekandt wurden.

## Die Expedition.